

Lucjan Meissner

Wyższa Szkoła Studiów Międzynarodowych w Łodzi

Willy Brandts Versöhnungspolitik gegenüber Polen 1970–1972. Ein Erinnerungsbeitrag

Abstract

The subject of the article is the ratification by Bundestag in may 1972 of the agreement between Poland and the Federal Republic of Germany about the normalization of their relationships. This agreement, however was criticized by the then opposition CDU/CSU-fraction, finally was accepted, because of the pression by the allies Germany, but mainly USA. The article exposes the role of Chancellor Willy Brandt as the main advocate of agreement and reconciliation between Poland and Germany.

Key words: Reconciliation policy, Willy Brandt, Poland, Germany, Ostpolitik

Die größte Errungenschaft von Willy Brandts Friedenspolitik in Europa war die Unterzeichnung und Umsetzung des Vertrages mit Polen vom 07.12.1970. Dieser Vertrag, nach 30 Jahren als Versöhnungswunder eingestuft, war ein historischer Umbruch und ebnete den Weg für weitere Verträge zwischen Polen und Deutschland: den Vertrag vom 14.11.1990 über die Bestätigung der gemeinsamen Grenze und den Vertrag vom 17.06.1991 über die gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Es gibt zahlreiche Studien, Beiträge und Aufsätze, die diesen historischen Vertrag beschreiben und interpretieren (siehe z.B. CZIOMER 2006: 203–209). Aber nicht alle Einzelheiten und Hintergründe dieses Vertrages sind in der polnischen Geschichtsschreibung bis heute geklärt. Vielmehr gab es Kontroversen bezüglich der historischen Bedeutung. Am 06.12.2000, also einen Tag vor dem 30. Jubiläum der feierlichen Unterzeichnung des Vertrages in Warschau, stellte der damalige polnische Außenminister und Historiker

Bronisław Geremek dessen historische Bedeutung in Frage und behauptete in einem Interview für die „Gazeta Wyborcza“, dass er den Vertrag „in der Welt der Illusionen“ verorte. Die Diplomatie der Illusionen habe weder die polnische Souveränität gestärkt noch dem Aufbau einer mündigen Bürgergesellschaft gedient. „Dieser Vertrag hat den nächsten deutsch-polnischen Vertrag nicht vorbereitet“ (06.12.2000).

Redakteur Jerzy Urban, der ehemalige Pressesprecher der Jaruzelski-Regierung, lachte daraufhin über Geremek und bezeichnete dessen Äußerungen als Idiotie (DZIENNIK COTYGODNIOWY „NIE“ 501/2000). Dabei betonten der damalige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und der Außenminister der BRD, Hans Dietrich Genscher, der den nächsten Vertrag vom 14.11.1990 unterzeichnet hatte, im selben Monat seine historische Bedeutung. Wusste (der Historiker) Geremek nicht, dass der deutsche Bundestag in seiner Entschließung vom 8. November 1989 den Warschauer Vertrag als Fundament der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bekräftigt hatte? Am 07.12.2010 würdigten der polnische Staatspräsident Bronisław Komorowski und der deutsche Bundespräsident Christian Wulff den Vertrag und den historischen Kniefall Willy Brandts vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal. Jedoch hatte Komorowski in seiner öffentlichen Aussage u.a. auch betont, dass nach seiner Ansicht die wichtigste Bedeutung in der Geschichte der deutsch-polnischen Aussöhnung die Bischofsbriefe von 1965 und die Messe in Kreisau im Jahr 1990 hätten, an der Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl teilgenommen hatten.

In der „Gazeta Wyborcza“ würdigte Janusz Reiter, der ehemalige polnische Botschafter in Deutschland und derzeit Direktor des Warschauer Forschungszentrums für Internationale Fragen, in einem Interview den Vertrag vom 07.12.1970 und die historische Rolle Brandts. Aber der ehemalige Diplomat, der aktuell als einer der besten Deutschlandexperten gilt, formulierte u.a. eine Meinung, die im Lichte der deutschkundlichen historischen Forschung äußerst kontrovers ist: „Der Vertrag mit Polen wurde ratifiziert und die christlichen Demokraten hatten Willy Brandt geholfen. Man muss hier die Verdienste solcher Männer wie des damaligen Chefs der CDU, Rainer Barzel, seines Nachfolgers, Helmut Kohl, und des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker“ (GAZETA WYBORCZA 07.12.2010) in Erinnerung rufen.

Leider haben die Christdemokraten Willy Brandt in der damaligen Zeit nicht geholfen. Im Gegenteil! Sie haben alles getan, um die Regierung Brandt zu stürzen und den Vertrag mit Polen vom 07.12.1970 zu annullieren. Sie sind erst viele Jahre danach zu „Freunden Polens“ geworden. Das politische Bemühen um die Ratifizierung der Ostverträge war eine harte Auseinandersetzung und ein erbitterter politischer sowie gesellschaftlicher Kampf. Ein Kampf um Sein oder Nicht-Sein der Regierung Brandt, ein Kampf um Sein oder Nicht-Sein der Ostverträge!

Mai 1972: Der deutsche Bundestag soll die Verträge mit Polen und der Sowjetunion ratifizieren. Die stürmische Debatte dauerte im Bundestag drei Tage: am 10., 16. und 17. Mai. Im Hinblick auf das bestehende Stimmenverhältnis und den unversöhnlichen Standpunkt der CDU/CSU-Fraktion, verstärkt von den FDP-Dissidenten Erich Mende, Siegfried Zoglmann und Knut von Kühlmann Stumm, war die Ratifizierung der Ostverträge ernsthaft gefährdet. In dieser Lage entschlossen sich die SPD und die FDP, einen kontroversen Kompromiss mit der Opposition zu schließen: Sie einigten sich, einer von der CDU/CSU eingebrachten Resolution des Bundestages zuzustimmen, die u. a. den Passus enthielt, dass die Verträge mit Polen und der Sowjetunion keine rechtliche Grundlage für die bestehenden Grenzen schaffen würden. Für die Annahme dieser Resolution votierten 491 Bundestagsabgeordneten. Die polnische und die sowjetische Seite hatte diese Resolution als internes Dokument des Bundestages zur Kenntnis genommen, das vom völkerrechtlichen Standpunkt keine Bedeutung hatte. Aber sowohl dieser Kompromiss als auch die Unterstützung für den Vertrag mit Polen 21 Monate zuvor durch die USA, Großbritannien, Frankreich, die NATO und den Vatikan hatten den unversöhnlichen und hasserfüllten Gegensatz der CDU/CSU und der Vertriebenenorganisationen, die gegen die Friedenspolitik Willy Brandts auftraten, nicht gemindert. Am 17. Mai 1972, nach der Beendigung der Ratifizierungsdebatte, kam es im Bundestag zur Abstimmung. Die CDU/CSU Abgeordneten hatten sich in der Mehrheit (231) der Stimme enthalten, 17 votierten gegen den Vertrag mit Polen, 10 gegen Vertrag mit der Sowjetunion. Für die Ratifizierung der beiden Verträge votierten die 248 Bundestagsabgeordneten, darunter 222 Mitglieder der SPD und – mit Ausnahme der drei Dissidenten, die der CDU/CSU Fraktion beigetreten sind – sämtliche Mitglieder der FDP. Man muss hinzufügen, dass die 12 nicht stimmberechtigten Abgeordneten aus Westberlin symbolisch für die Ratifizierung der Verträge votierten, die 10 Westberliner CDU-Abgeordneten stimmten symbolisch gegen die Verträge. Für die Ratifizierung der beiden Verträge votierten, wie gesagt, die 248 stimmberechtigten Bundestagsabgeordneten. Insgesamt waren 496 Mitglieder des Bundestages stimmberechtigt. Abgegeben wurden 496 gültige Stimmen.¹

Das Springersche Revolverblatt „Bild-Zeitung“ kommentierte diese Angelegenheit mit den Worten, dass zwar nach der größten Regierungskrise seit 23 Jahren im Bundestag die Ostverträge durchgesetzt wurden, aber wie! (BILD 18.05.1972). Besonders negativ waren die Kommentare der Vertriebenenpresse und die Artikel der neonazistisch gesinnten Wochenschrif-

¹ Vgl. etwa Das Parlament Nr. 21/22 vom 20.05.1972, Nr. 23 vom 03.06.1972. Diese spannenden Ereignisse behandelt fragmentarisch auch der bekannte Brandt–Biograph Peter Merseburger 2002; siehe die polnische Übersetzung von 2011, S. 486–487; vgl. auch: DEUTSCHER BUNDESTAG (1972).

ten, wenn auch ihre gesellschaftliche Reichweite im Vergleich zu den Medien der Springer- und Bauerkonzerne gering war. Im Grunde genommen unterschieden sich die Darstellungen und Beurteilungen dieser Schriften aber wenig vom Inhalt und Ton des überregionalen Tageblattes *Die Welt*, das man als Visitenkarte des Springerkonzerns bezeichnete. So bewertete z.B. das Wochenblatt der NPD DEUTSCHE NACHRICHTEN (19.05.1972) die Ostverträge als zweites Versailles und betonte, dass die Regierung sich ohne Zwang dem Willen Moskaus untergeordnet hätte. Die damals sehr bekannte neonazistische Wochenschrift DEUTSCHE NATIONALZEITUNG (26.05.1972, Auflage über 100 000) veröffentlichte einen provokanten Text unter dem Titel „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten. Wer war dabei? Die christliche Partei.“ Aktivisten und Mitglieder der Vertriebenenverbände trugen während der Massendemonstrationen Transparente mit Aufschriften: „Belogen und betrogen!“, „Brandt an die Wand“, „Volksverräter Willy Brandt raus aus unserem Vaterland“, „Mit Brandt und Wehner wird Deutschland kleiner.“ Etwas gemäßigte Kommentare publizierte die konservative Presse. So bezeichnete z.B. die seriöse *Wirtschaftswoche*, ein Sprachrohr der deutschen Finanzkreise, die Ostverträge als späten Sieg von Karl Marx (dieser Beurteilung wurde ein Fragezeichen beigelegt — vgl. WIRTSCHAFTSWOCHEN 19.05.1972). Die Wochenzeitung *Bayernkurier*, die als Sprachrohr von Franz Josef Strauss (Hauptgegner der Ostverträge) galt, veröffentlichte die Aussage von ihm, dass man aus der Tatsache, dass die CDU/CSU nach der Ratifizierungsdebatte sich der Stimme enthalten hatten, kein falsches Fazit ziehen dürfe. „Die CSU hätte damals gerne mit „Nein“ votiert“ (BAYERNKURIER 20.05.1972).

Warum hat die CDU/CSU ihre Haltung gegenüber den Ostverträgen im Mai 1972 geändert? Die nächsten Tage nach der Ratifizierungsdebatte brachten eine Lösung dieses Rätsels. Am 24. Mai 1972 verlautbarte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Manfred Wörner auf einer Pressekonzferenz in Washington, dass die Amerikaner in den letzten Monaten die christlichen Demokraten wissen ließen, dass sie an der Ratifizierung der Ostverträge interessiert seien und wegen der Stellung der Opposition zu dieser Frage unzufrieden seien. Auf die Fragen der Journalisten, ob die USA Druck auf die CDU/CSU ausgeübt hätten, antwortete Wörner, dass die Amerikaner sich in die innerdeutsche Diskussion nicht einmischten, „aber es bestünden andere Wege, wenn man jemandem zur Kenntnis bringen will, was man von ihm verlangt und was man von ihm nicht verlangt“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 26.05.1972). Wörner erklärte, dass außer den Beteuerungen vonseiten der Sowjetunion und der Bundesregierung die CDU/CSU zur Änderung ihrer Meinung vom entschiedenen „Nein“ zur Stimmenthaltung „hauptsächlich das Verhalten unserer Verbündeten bewogen“ hätte.

Man konnte also aus dieser Erklärung das Fazit ziehen, „dass die damalige christliche Opposition zum Kompromiss in der Frage der Ostver-

träge kurz und gut von dem amerikanischen Partner gezwungen wurde.“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 26.05.1972) Später stellte es sich heraus, dass Präsident Richard Nixon vor der Ratifizierungsdebatte im Bundestag den Chef der CDU/CSU Rainer Barzel nach Washington eingeladen und im persönlichen Gespräch von einer kompromissbereiten Stellung gegenüber den Ostverträgen überzeugt hatte.

Die polnische Deutschlandberichterstattung in den Jahren 1970 bis 1972, insbesondere die Korrespondenzen der in Bonn akkreditierten polnischen Journalisten, stellte die damalige politische Atmosphäre in der BRD nicht umfassend dar. Das betrifft vor allem die Tage und Wochen am Vorabend der Ratifizierung der Ostverträge. Die polnischen Journalisten in der Bundesrepublik verfassten ihre Korrespondenzen und Kommentare zum deutsch–polnischen Verhältnis auf Weisungen des Außenministeriums und der Auslandsabteilung des ZK der PVAP. Der Ton dieser Berichterstattung war schlicht gedämpft. Einige spektakuläre Ereignisse und Vorfälle blieben unbetont und kritische Akzente gemäßigt aufgenommen. Denn die polnische offizielle Seite hatte die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass Willy Brandt und sein Koalitionspartner Walter Scheel den Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge verlieren könnten. Und dann würde die Opposition die Macht übernehmen. Nach den Ansichten der polnischen Partei (und somit Regierungsbehörden) bestand auch im Falle einer positiven Ratifizierung der Ostverträge die Möglichkeit, dass die CDU/CSU an die Macht käme.

Die Hintergründe und Einzelheiten im Verhalten der polnischen KP und Staatsbehörden gegenüber der Regierung Brandt und der CDU/CSU hat Wanda Jarzabek in ihrer dokumentierten Habilitation *Die Polnische Volksrepublik und die BRD 1966–1976* dargelegt. Auf Basis vertraulicher Dokumente und Protokolle der Sitzungen des Politbüros der PVAP und des Präsidiums der Regierung erläutert die Autorin u.a.:

Das Politbüro der PVAP beriet sich mit den geladenen Gästen – mit dem Präsidium der Regierung, mit dem Vorsitzenden des Sejm und den Parteichefs der Koalitionsparteien. Die Teilnehmer dieser Beratung beschäftigten sich vom 18.–19. Mai [1972 – L.M.] mit der Frage der Ratifizierung des Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD. Und trotz der Beschlussfassung des Bundestages bezüglich der gemeinsamen Resolution war das Politbüro hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland ziemlich optimistisch, wovon seine Entscheidungen zeugen. Man sollte in der Presse nicht über die Resolution informieren, denn es sei zu berücksichtigen, dass das politische Kräfteverhältnis in der BRD sich ändern könnte und man könne es in der nächsten Zukunft mit der CDU als Regierungs- oder Koalitionspartei zu tun haben. Man beauftragte die Partei- und Regierungsstellen vorläufig keine Entschädigungsansprüche gegenüber der BRD zu erheben und sich auf die Frage der ökonomischen Erwartungen gegenüber der BRD zu konzentrieren. Man solle in den Schriften, Atlanten, Lehrbüchern u.ä. die alten

Namen, z.B. Ziemie Odzyskane [Wiedererlangte Gebiete], Ziemie Zachodnie [Westgebiete] unterlassen und nur geografische Namen, wie Dolny Śląsk [Niederschlesien], Ziemia Lubuska [Lebuser Land], Polska Północna [Nordpolen] u.ä. verwenden. (JARZĄBEK 2011: 313)

Nach der Verabschiedung der Ostverträge im Bundestag wurde der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD am 28.05.1972 vom polnischen Staatsrat ratifiziert. Jedoch konnte der Bundestag als deutscher Partner nicht weiter arbeiten: Am 28.04.1972, einen Tag nach dem misslungenen Misstrauensvotum gegen Brandt (der Antrag der CDU/CSU erhielt 247 Stimmen statt der notwendigen 249) war die sozialliberale Bundesregierung nicht im Stande, den Staatshaushalt durchzusetzen. Die Abstimmung im Bundestag endete mit 247 „Ja“- und 247 „Nein“-Stimmen. In dieser Lage stellte die Regierung die Vertrauensfrage (Art. 68 des GG) und auf Vorschlag Willy Brandts löste der Bundespräsident Gustav Heinemann den Bundestag vorzeitig auf. Am 19. November 1972 fanden neue Wahlen statt. Niemals in der Geschichte der BRD war die Wahlbeteiligung so hoch wie während der Bundestagswahl im November 1972: 41 400 197 Bundesbürger waren wahlberechtigt. Es wurden 37 743 022 Stimmen abgegeben (37 438 553 gültige). „Kein Wahlkampf der Nachkriegszeit hat die Gemüter der Bundesbürger mehr erhitzt als der des Jahres 1972“ (RICHTER 1973: 7). Man kann diese Wahlen mit einer Volksabstimmung vergleichen. Die Anhänger und Sympathisanten der Regierung Brandt haben als Wähler nicht nur das sozialdemokratische Programm der Reformen befürwortet (Mitbestimmung, Erweiterung der Privilegien der Arbeitnehmer, „mehr Demokratie wagen“, Demokratie als allgemeine Form des gesellschaftlichen Lebens, eine für die Arbeitnehmer vorteilhafte Redistribution des Nationaleinkommens, Ausbau Sozialleistungen), sondern gleichzeitig die Brandtsche Friedenspolitik in Europa unterstützt, deren wichtigstes Ziel in diesen historischen Tagen die Ratifizierung und Umsetzung des Vertrages mit Polen vom 07.12.1970 war, was man damals als unabdingbare Voraussetzung für die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen betrachtete. Außerdem galten während der Wahlkampagne die CDU und CSU als Unternehmerparteien, wogegen die SPD „seit langem nicht so stark als die politische Interessenvertretung der Arbeitnehmer und kleinen Leute aufgetreten war, wie bei den Bundestagswahlen 1972“ (RICHTER 1973: 18). Die damalige Wahlwerbung der christlichen Parteien kann man teilweise auch als Verleumdungskampagne bezeichnen. „Geldentwertung“, „Inflation“, „Preissteigerung“, „Freiheit oder Sozialismus“, „Freiheit oder SPD“, „Sozialismus ja oder nein“ – lauteten u.a. die Wahlslogans der CDU und CSU.²

² Siehe die von RICHTER (1972: 26, 28, 40, 41) angeführten Wahlanzeigen der CDU und der CSU.

In einer Sammlung von Dokumenten und Analysen, die nach der Wahlkampagne erschienen ist, wurden die damaligen gesellschaftlichen Zustände im Kontext der Bundestagswahl 1972 wie folgt dargestellt: „Der Klassenkampf von oben, der Einsatz fast unbeschränkter finanzieller Mittel zur Erhaltung einer erworbenen Machtposition, die Werbung für den politischen Vollzugsbeamten — die CDU/CSU — ist nichts Neues. Schon in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre sicherten Sonderorganisationen das Zusammenspiel von CDU/CSU und ihren konservativen Finanziers, die die Macht im Staate hatten, durch Werbemaßnahmen ab“ (RICHTER 1973: 12).

Unter dem Motto „Wir erklären zur Sache“ haben der ehemalige Bundeskanzler (1963–1966) Ludwig Erhard und der ehemalige Bundesminister Karl Schiller der Wahlpropaganda der CDU und CSU große Hilfe geleistet. Sie traten in der Presse als Befürworter der im Geiste der CDU interpretierten Marktwirtschaft und Gegner der sozialdemokratischen Reformpolitik auf. Den Thesen von Erhard und Schiller widersetzten sich 22 sozialdemokratisch gesinnten Professoren, die in einer Erklärung unter dem Titel „Wie weit blicken Erhard und Schiller?“ eindeutig die Wirtschaftspolitik der SPD unterstützten (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 13.11.1973).

Unter den vielen Verleumdungen, die persönlich gegen Brandt gerichtet waren, wurden auch solche hervorgehoben, die direkt seine polenfreundliche bzw. realistische Politik gegenüber der DDR angriffen. Folgendes Wahlplakat wurde zu diesen Fragen massenweise verbreitet:

„Werden Sie Deutschland umbenennen, Herr Bundeskanzler?“, „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“, sagt Brandt auf seinen SPD-Plakaten. Wir fragen: Auf welches „Land“, Herr Bundeskanzler? Für Sie und ihre Genossen ist • Ostdeutschland heute Polen • Mitteldeutschland „Die Deutsche Demokratische Republik“ • Westberlin (nach Egon Bahr) ein „Phänomen“. Der „Grundvertrag“ nennt „Deutschland« nicht mehr...“ (RICHTER 1973: 192).

Wer Brandt wählt (lauteten die Wahlslogans der CDU und CSU)... wählt Deutschlands Untergang! Wer Brandt wählt...wählt Bolschewismus! Wer Brandt wählt... ist gegen die Freiheit der Wissenschaft!...Wer Brandt wählt...wählt Inflation!...Wer Brandt wählt...ist gegen das Grundgesetz!...Wer Brandt wählt...wählt die Angst! (RICHTER 1973: 46)

Auch die Wahlpropaganda der SPD war ähnlich scharfsinnig: „Nur die allerdümmste Kuh wählte jetzt die CDU“, lauteten u.a. die sozialdemokratischen Wahlslogans. Willy Brandt war selbst an der Wahlkampagne aktiv beteiligt. Auf einer Wahlkundgebung in Heilbronn sagte er u.a., dass die SPD keine schwache Partei sei. „Es wird geholt“, „Wir werden die Betriebe mobilisieren“³ — betonte u.a. Brandt. Er sprach, trotz der Proteste vonseiten

³ Vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU 13.03.1972. Zur Wahlpropaganda der SPD im November 1972 siehe u.a. MATUSZYŃSKI (1973: 236–261).

der CDU und ihrer mächtigen finanziellen Helfer, auf 92 Wahlkundgebungen der Arbeiterschaft in den Betrieben.

Die sozialliberale Koalition, hauptsächlich die SPD, gewann die Bundestagswahl im November 1972. Die Sozialdemokraten errangen 230 Mandate, die Liberalen (FDP) 42, die CDU 176, die CSU 48.

*

Es gibt zahlreiche Aussagen Willy Brandts über die Polen und ihr Schicksal in Geschichte und Gegenwart. Eine vollständige, bearbeitete Sammlung dieser Reden, Interviews u.ä. ist noch nicht erschienen. Aus dieser Vielheit haben wir als Pointe zu unserem Beitrag drei charakteristische Äußerungen von Willy Brandt gewählt.

Am 29. August 1944 fand in Stockholm eine Sitzung der Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten statt, an der Willy Brandt als deutscher Sozialdemokrat und der polnische Sozialist Maurycy Karniol als Vertreter der PPS teilnahmen. In dieser letzten Augustwoche tobte der Warschauer Aufstand. In dieser Lage verabschiedeten die Teilnehmer der Stockholmer Sitzung eine Solidaritätsadresse der Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten an die polnischen Kämpfer in Warschau mit handschriftlichen Ergänzungen von Willy Brandt. Der Inhalt der Solidaritätsadresse lautete:

Die internationale Gruppe demokratischer Sozialisten in Schweden, in welcher Repräsentanten von 12 Nationen vertreten sind, sendet den polnischen Kämpfern in Warszawa die besten und wärmsten Grüße mit dem Ausdruck der Sympathie und Solidarität in ihrem Kampfe um Polens Befreiung. Die Gruppe schließt sich dem Appell der englischen Arbeiterpartei und Gewerkschaften an und gibt der Erwartung Ausdruck, dass die Polen im Kampfe um die Befreiung ihrer Hauptstadt effektive Hilfe seitens der Alliierten bekommen werden und die heldenhaften Soldaten der polnischen Landesarmee als Kombattanten anerkannt werden. (WILLY BRANDT UND POLEN 2000: 7)

Ob es uns gefällt oder nicht, wir müssen erkennen, daß wir auch 23 Jahre nach Kriegsende an den objektiven und subjektiven Folgen des Hitlerismus noch schwer zu tragen haben. Wer das nicht erkennt, kann keine gute deutsche Politik machen. Wer glaubt, ohne einen dicken Trennungsstrich auskommen zu können, wird scheitern. Neonazismus ist Verrat an Land und Volk.“ (HARPPRECHT 1971: 192)

Das waren nicht nur Worte eines prominenten SPD-Politikers, der nach einem Jahr als erster sozialdemokratischer Kanzler in der Geschichte der BRD die sozialliberale Koalition bildete (1969), die über 13 Jahre an der Macht blieb. Das waren auch Worte eines ehemaligen, linksorientierten Exilsozialisten, eines Kämpfers der norwegischen Widerstandsbewegung, der in der Uniform eines norwegischen Majors nach Beendigung des II. Weltkrieges in das zerstörte Deutschland zurückkam, um seinem unglücklichen, vom Nationalsozialismus verratenen Vaterland zu dienen. Und Sinn

dieses Dienstes war Deutschland aus der Ruinen aufzubauen, das deutsche Volk im Prozess der demokratischen *reeducation* von der kollektiven Schuld und Scham zu befreien und ihm Würde und Anerkennung in der Welt zu verschaffen. Eine entscheidende Rolle in diesem historischen Prozess wurde zu Willy Brandts Lebenswerk. Man könnte hier seine Worte anführen:

Polen ist das größte zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegene Nachbarland. Der Aussöhnung mit dem polnischen Volk kommt nicht nur deswegen, sondern auch wegen der Geschichte – zumal der jüngsten Geschichte – besondere Bedeutung zu. Für Osteuropa hat dies ähnliche Tragweite wie die deutsch-französische Aussöhnung im Westen (BRANDT 1968: 56).

Willy Brandt, der Nobelfriedenspreisträger, Politiker von Weltruf, Visionär und Realist, betrachtete seine Friedenspolitik in Europa als Mission und die Aussöhnung mit Polen, als wichtigsten Bestandteil dieser Politik, als historisches und moralisches Gebot.

Literaturverzeichnis

- Baring, Arnulf (1984): *Machtwechsel. Die Ära Brandt–Scheel*. München.
- Bingen, Dieter (1997): *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla. 1949–1991*. Kraków.
- Brandt, Willy (1968): *Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Europapolitik*. Berlin.
- Brandt, Willy (1974): *Über den Tag hinaus*. Hamburg.
- Brandt, Willy (1976): *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1965*. Hamburg.
- Brandt, Willy (1989): *Erinnerungen*. Frankfurt am Main.
- Cziomer, Erhard (2006): *Historia Niemiec współczesnych 1945–2005*. Warszawa.
- Ehmke, Horst / Koppe, Karlheinz / Wehner, Herbert (1986) (Hrsg.): *Zwanzig Jahre Ostpolitik. Bilanz und Perspektiven*. Bonn.
- Deutscher Bundestag (1972): 6. Wahlperiode – 187. Sitzung am 17.05.1972. Bonn, stenographischer Bericht.
- Gelberg, Ludwik (1974): *Układ PRL – RFN z 7 grudnia 1970 r. Analiza prawna*. Wrocław.
- Góralski, Witold M. (1982): *Federalny Trybunał Konstytucyjny a stosunki zewnętrzne Republiki Federalnej Niemiec*. Warszawa.
- Harppecht, Klaus (1971): *Willy Brandt. Porträt und Selbstporträt*. München/Zürich.
- Jarząbek, Wanda (2011): *Polska Rzeczpospolita Ludowa wobec Republiki Federalnej Niemiec w latach 1966–1976*. Warszawa.
- Klafkowski, Alfons (1973): *Układ Polska – RFN z 7 grudnia 1970 r. Podstawy interpretacji w świetle prawa międzynarodowego*. Warszawa.
- Kokot, Józef (1974): *Od Poczdamu do Helsinek. Koniec okresu powojennego w Europie*. Opole 1974.
- Matuszyński, Janusz (1973): *Prasa i polityka SPD wobec środków masowego komunikowania w RFN (1945–1972)*. Warszawa.
- Meissner, Borys (Hrsg.) (1970): *Die deutsche Ostpolitik 1961–1970*. Köln.
- Merseburger, Peter (2002): *Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist*. München (pol. Übersetzung: *Willy Brandt 1913–1992. Wizjoner i realista*. Poznań 2011).

- Plum, Werner (Hrsg.) (1984): *Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen*. Bonn.
- Richter, Jörg (Hrsg.) (1973): *Klassenkampf von oben oder Angstmacher von rechts. Dokumente und Analysen eines gescheiterten Wahlkampfes*. Hamburg.
- Skubiszewski, Krzysztof (1975): *Zachodnia granica Polski w świetle traktatów*. Poznań.
- Sulowski, Stanisław (2002): *Uwarunkowania i główne kierunki polityki zagranicznej RFN*. Warszawa.
- Tomala, Mieczysław (1972): *Polityka wschodnia rządów Willy Brandta 1969–1972*. Warszawa.
- Tomala Mieczysław (1997): *Patrząc na Niemcy. Od wrogości do porozumienia*. Warszawa.
- Tomala Mieczysław (1995): „Układ między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec o podstawach normalizacji ich wzajemnych stosunków z 7 grudnia 1970 roku.“ Dokumenty i materiały przygotował Mieczysław Tomala. In: *Zeszyty Niemcoznawcze*, 3–4, Warszawa.
- Willy Brandt und Polen. Für Frieden und sozialer Gerechtigkeit. Ausstellung der Friedrich – Ebert – Stiftung* (2000). Beiheft mit einem Vorwort von Holger Börner. Bonn.

Presse

- „Bayernkurier“, Ausgabe vom 20.05.1972.
- „Bild – Zeitung“, Ausgabe vom 18.05.1972.
- „Das Parlament“, Nr. 21/22 vom 20.05.1972, Nr. 23 vom 03.06.1972.
- „Deutsche Nachrichten“, Ausgabe vom 19.05.1972.
- „Deutsche Nationalzeitung“, Ausgabe vom 26.05.1972.
- „Dziennik Cotygodniowy »Nie«“, Nr. 501/2000.
- „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Ausgabe vom 13.11.1973.
- „Frankfurter Rundschau“, Ausgabe vom 26.05.1972, 13.03.1972 (Hessen-Ausgabe).
- „Gazeta Wyborcza“, Ausgaben vom: 06.12.2000, 07.12.2000.
- „Wirtschaftswoche“, Ausgabe vom 19.05.1972.